



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES**

1014 WIEN, Postfach 100

Bei Beantwortung bitte angeben

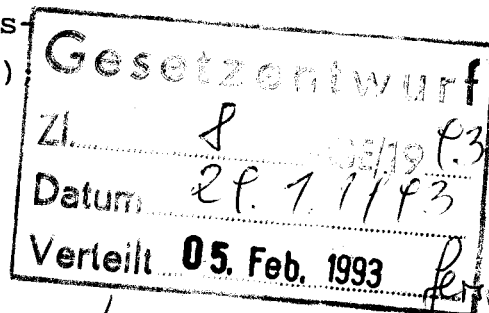
Zahl: 95 022/2-IV/11/93/E  
 DVR: 0000051

Wien, am 28. Jänner 1993

Referent: Eller

Tel: 53 126/2437

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
 mit dem das Staatsbürgerschafts-  
 gesetz 1985 geändert wird (Staats-  
 bürgerschaftsgesetz-Novelle 1993)  
 Begutachtungsverfahren



An die  
 Parlamentsdirektion

1017 W i e n

Das Bundesministerium für Inneres beehrt sich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird (Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1993), samt Vorblatt, Erläuterungen und Textgegenüberstellung in 25-facher Ausfertigung mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übermitteln.

Nachfolgende im Begutachtungsverfahren befaßte Stellen wurden um Stellungnahme bis

26. Feber 1993

ersucht:

die Österreichische Präsidentschaftskanzlei  
 der Rechnungshof  
 die Volksanwaltschaft  
 der Verfassungsgerichtshof  
 der Verwaltungsgerichtshof  
 die Finanzprokuratur  
 alle Bundesministerien  
 das Büro des Bundesministers für Föderalismus und  
 Verwaltungsreform



das Büro der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten  
das Bundeskanzleramt - Abteilung I/11  
das Sekretariat von Frau Staatssekretärin Mag. EDERER  
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. KOSTELKA  
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. DITZ  
das Sekretariat von Frau Staatssekretärin Dr. FEKTER  
der Österreichische Rat für Wissenschaft und Forschung  
die Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste  
die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen  
die Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung  
alle Ämter der Landesregierungen  
die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Nieder-  
österreichischen Landesregierung  
alle Unabhängigen Verwaltungssenate  
der Datenschutzrat  
die Geschäftsführung des Familienpolitischen Beirates beim  
Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie  
der Österreichische Städtebund  
der Österreichische Gemeindebund  
die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft  
der Österreichische Arbeiterkammertag  
die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-  
reichs  
der Österreichische Landarbeiterkammertag  
der Österreichische Rechtsanwaltskammertag  
alle Rechtsanwaltskammern  
die Österreichische Notariatskammer  
die Österreichische Patentanwaltskammer  
die Österreichische Ärztekammer  
die Österreichische Dentistenkammer  
die Bundeskammer der Tierärzte Österreichs  
die Österreichische Apothekerkammer  
die Bundesingenieurkammer  
die Kammer der Wirtschaftstrehänder  
die Bundeskonferenz der Kammern der freien Berufe  
die Vereinigung österreichischer Industrieller  
der Österreichische Gewerkschaftsbund  
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
der Verhandlungsausschuß der Gewerkschaften des öffentlichen  
Dienstes  
der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungs-  
träger  
die Österreichische Bischofskonferenz  
der Österreichische Bundestheaterverband  
die Österreichische Hochschülerschaft  
die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen  
Personals  
die Bundeskonferenz der Universitäts- und Hochschulprofessoren  
die Österreichische Rektorenkonferenz  
der Verband der Professoren Österreichs  
das Österreichische Normungsinstitut  
der Österreichische Bundesjugendring  
der Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber  
die Bundessportorganisation  
der Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs  
der Österreichische Automobil-, Motorrad- und Touringclub

- 3 -

der Verein Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre  
die Vereinigung Österreichischer Richter  
die Bundessektion Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Linz  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck  
das Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Wirtschaftsuniversität Wien  
der österreichische Wasserwirtschaftsverband  
der österreichische Bundesfeuerwehrverband  
der österreichische Ingenieur- und Architekten-Verein  
der evangelische Oberkirchenrat A und HB Wien  
der Verband österreichischer Mittel- und Großbetriebe  
der österreichische Berufsverband der Erzieher  
der Zentralverein der Wiener Lehrerschaft  
die Arge Daten  
der Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit  
die Bundesakademie für Sozialarbeit  
die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation  
das Österreichische Institut für Menschenrechte  
das Rechtskomitee Lambda  
der österreichische Bundesverband für Psychotherapie  
die Israelitische Kultusgemeinde  
das Auslandsösterreicherwerk

Beilagen

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
*Gunst*

Für den Bundesminister:  
Szymanski

**Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985  
geändert wird (Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1993)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 (StbG), BGBl.Nr. 311/1985, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl.Nr. 685/1988, wird wie folgt geändert:

1. § 58c lautet:

"§ 58c. (1) Ein Fremder erwirbt unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Z 2 bis 6 und 8 die Staatsbürgerschaft, wenn er sich als Staatsbürger aus einem der im § 2 Abs. 3 vorletzter und letzter Satz des Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes 1949, BGBl.Nr. 276, angeführten Beweggründe in das Ausland begeben, dort eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hat und diese Tatsachen der Behörde (§ 39) unter Bezugnahme auf dieses Bundesgesetz anzeigt.

(2) Gleiches gilt für Fremde, die sich als Staatsbürger zwischen dem 30. Jänner 1933 und dem 13. März 1938 in das Ausland begeben haben, weil sie Verfolgungen aus rassischen Gründen zu befürchten hatten.

(3) Die Anzeige ist schriftlich einzubringen; sie kann auch bei der gemäß § 41 Abs. 2 zuständigen Vertretungsbehörde abgegeben werden, die sie an die Behörde weiterzuleiten hat.

(4) Liegen die Voraussetzungen des Abs. 1 oder 2 vor, so hat die Behörde mit Bescheid festzustellen, daß der Einschreiter die Staatsbürgerschaft mit dem Tag des Einlangens der Anzeige bei der Behörde (§ 39) wiedererworben hat.

(5) Die Anzeige (Abs. 3) sowie der Bescheid (Abs. 4) sind von den Stempelgebühren befreit."

2. § 66 Z 1 lit. c, e und f lauten:

- "c) des § 41 Abs. 2, § 53 Z 4 sowie § 58c Abs. 3 der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres;
- e) des § 58c Abs. 5 der Bundesminister für Finanzen;
- f) der übrigen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes der Bundesminister für Inneres;"

VorblattProblem:

Staatsbürgerschaft von Emigranten der Jahre 1933 bis 1945 mit Wohnsitz im Ausland.

Ziel:

Wiedereinbürgerung dieser Emigranten ohne Bedachtnahme auf eine allfällige Wohnsitzbegründung im Bundesgebiet.

Inhalt:

Die Unterscheidung zwischen Emigranten, die einen Wohnsitz in Österreich begründen, und solchen, die sich eine emotionale Bindung zu Österreich bewahrt haben, denen aber aus wirtschaftlichen, beruflichen, familiären und sonstigen Erwägungen eine Wohnsitzbegründung in Österreich nicht zumutbar ist, soll entfallen.

Für den Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft soll - neben weiteren allgemeinen Einbürgerungsvoraussetzungen - die Anzeige gegenüber der Staatsbürgerschaftsbehörde genügen, sich aus politischen oder rassischen Gründen in das Ausland begeben und aufgrund der erzwungenen Emigration eine fremde Staatsangehörigkeit erworben zu haben.

Die bisherige Gebührenpflicht entfällt.

Alternativen:

Keine.

**Kosten:**

Für die Vollziehungsbehörden (Länder) ist mit einem geringfügigen Verwaltungsmehraufwand zu rechnen. Der Gebührenentfall ist unbedeutend.

**EG-Konformität:**

Da EG-rechtliche Bestimmungen in diesem Bereich nicht bestehen, ist der vorliegende Novellierungsentwurf mit dem EG-Recht vereinbar.



## E r l ä u t e r u n g e n

### I. Allgemeiner Teil

In teilweise von Enttäuschung geprägten Schreiben wird immer wieder beklagt, daß eine erleichterte Wiedereinbürgerung – insbesondere ist in diesen Fällen keine Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit vorgesehen – Emigranten zu einer Wohnsitzbegründung in Österreich zwingt. Vielen ist dies aus wirtschaftlichen, beruflichen und familiären Erwägungen nicht möglich, obwohl nach wie vor eine tief empfundene Bindung zu diesem Staat besteht. Die Novelle beseitigt nun einerseits das Erfordernis einer solchen Wohnsitzbegründung und dehnt andererseits den Anwendungsbereich der Wiedereinbürgerungsbestimmung auf Personen aus, welche vor 1938 aus rassistischen Gründen Österreich verlassen haben.

Während nach der geltenden Rechtslage – abgesehen vom Ausscheiden aus dem bisherigen Staatsverband – auch für Emigranten die allgemeinen Verleihungsvoraussetzungen des § 10 Abs. 1 wie insbesondere Unbescholtenheit, Nichtvorliegen eines Aufenthaltsverbotes, bejahende Einstellung zur Republik Österreich und gesicherte Existenz vorgesehen sind, wird das letztgenannte Kriterium entfallen. Mag der Wegfall dieser Einbürgerungsvoraussetzung auch nur symbolhaft sein – beim genannten Personenkreis ist im Grunde von einer gesicherten Existenz auszugehen –, so entspricht dies dennoch dem von der Novelle getragenen Grundsatz einer weiteren "Wiedergutmachung". Aus diesem Gedanken ergibt sich auch der Verzicht auf die Einhebung von Bundesgebühren. Auf die Einhebung von Landesabgaben hat der Bundesgesetzgeber allerdings keinen Einfluß.

Die Zuständigkeit des Bundes zur Erlassung der vorliegenden Gesetzesnovelle gründet sich auf den Kompetenztatbestand "Staatsbürgerschaft" (Art. 11 Abs. 1 Z 1 B-VG); im Hinblick auf den § 58 c Abs. 3 zweiter Halbsatz auf den Kompetenztatbestand "äußere Angelegenheiten" (Art. 10 Abs. 1 Z 2 B-VG) und hinsichtlich § 58 c Abs. 5 auf den Kompetenztatbestand "Bundesfinanzen" (Art. 10 Abs. 1 Z 4 B-VG).

## II. Besonderer Teil

### Zu Z 1.

Die Bestimmung betrifft im Abs. 1 Personen, die ihren inländischen Wohnsitz nach dem 13. März 1938 aufgegeben haben, weil sie nach diesem Zeitpunkt Verfolgungen durch Organe der NSDAP oder der Behörden des Dritten Reiches mit Grund zu befürchten hatten oder erlitten haben, sowie Personen, die zwischen dem 5. März 1933 und dem 13. März 1938 ihren Wohnsitz aufgeben mußten, weil sie wegen ihres Eintretens für die demokratische Republik Österreich Verfolgungen ausgesetzt waren oder solche zu befürchten hatten.

Im Abs. 2 wird der Anwendungsbereich der Gesetzesnovelle auf Personen erweitert, die zwischen dem 30. Jänner 1933 (Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland) und dem 13. März 1938 Österreich aus rassistischen Gründen verlassen haben.

Neben den in dieser Bestimmung genannten Voraussetzungen gelten auch die allgemeinen Einbürgerungserfordernisse des § 10 Abs. 1; abgesehen wird jedoch vom Erfordernis der gesicherten Existenz.

Im Gegensatz zu dem sonst das Staatsbürgerschaftsgesetz beherrschenden Grundsatz der Vermeidung mehrfacher Staatsangehörigkeit wird hier ein Ausscheiden aus dem bisherigen Staatsverband nicht gefordert. Die Reaktion des bisherigen Heimatstaates auf den Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft ist jedoch nicht beeinflussbar.

Ein langjähriger Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft ist nicht gefordert. Es genügt, daß der Betroffene im Zeitpunkt des Verlassens des Staatsgebietes Österreicher gewesen ist.

Der Gebührenentfall entspricht gleichfalls dem Gedanken einer "Wiedergutmachung".

Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz  
1985 geändert wird (Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1993)

### Gegenüberstellung

der gesetzlichen Bestimmungen nach geltendem Recht und in der  
Fassung des Entwurfes

#### geltende Fassung

"§ 58 c (1) Ein Fremder erwirbt unter den Voraussetzungen des  
§ 10 Abs. 1 Z 2 bis 8 die Staatsbürgerschaft, wenn er

1. durch mindestens zehn Jahre ununterbrochen die Staatsbürger-  
schaft besessen,
  2. sich aus einem der im § 2 Abs. 3 vorletzter und letzter Satz  
des Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes 1949, BGBl.Nr. 276,  
angeführten Beweggründe in das Ausland begeben,
  3. während seines Aufenthaltes im Ausland eine fremde Staatsange-  
hörigkeit durch Einbürgerung erworben hat und
  4. zum zeitlich unbeschränkten Aufenthalt im Bundesgebiet berech-  
tigt ist, seinen ordentlichen Wohnsitz im Gebiet der Republik  
begründet und dies der zuständigen Behörde (§ 39) anzeigt.
- (2) Liegen die Voraussetzungen des Abs. 1 vor, so hat die Behörde  
(§ 39) mit schriftlichem Bescheid festzustellen, daß der Fremde  
mit dem Tag des Einlangens der Anzeige bei der Behörde (Abs. 1 Z  
4) die Staatsbürgerschaft erworben hat."

neue Fassung

"§ 58c. (1) Ein Fremder erwirbt unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Z 2 bis 6 und 8 die Staatsbürgerschaft, wenn er sich als Staatsbürger aus einem der im § 2 Abs. 3 vorletzter und letzter Satz des Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes 1949, BGBl.Nr. 276, angeführten Beweggründe in das Ausland begeben, dort eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hat und diese Tatsachen der Behörde (§ 39) unter Bezugnahme auf dieses Bundesgesetz anzeigt.

(2) Gleiches gilt für Fremde, die sich als Staatsbürger zwischen dem 30. Jänner 1933 und dem 13. März 1938 in das Ausland begeben haben, weil sie Verfolgungen aus rassistischen Gründen zu befürchten hatten.

(3) Die Anzeige ist schriftlich einzubringen; sie kann auch bei der gemäß § 41 Abs. 2 zuständigen Vertretungsbehörde abgegeben werden, die sie an die Behörde weiterzuleiten hat.

(4) Liegen die Voraussetzungen des Abs. 1 oder 2 vor, so hat die Behörde mit Bescheid festzustellen, daß der Einschreiter die Staatsbürgerschaft mit dem Tag des Einlangens der Anzeige bei der Behörde (§ 39) wiedererworben hat.

(5) Die Anzeige (Abs. 3) sowie der Bescheid (Abs. 4) sind von den Stempelgebühren befreit."